



Die Stunde des starken Sozialstaats: Gerechtigkeit schützt unser Land

Beschluss der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen Klausurtagung Berlin, 7. September 2022

Der russische Überfall auf die Ukraine ist ein Angriff auf das freie Europa. Das Putin-Regime führt nicht nur einen brutalen Vernichtungskrieg gegen die junge Demokratie der Ukraine, es führt auch einen Wirtschaftskrieg gegen die Demokratien der Europäischen Union. Die Folgen sind eine deutlich steigende Inflation und dramatisch steigende Preise für Strom und Gas. Unternehmen geraten in Zahlungsschwierigkeiten, Arbeitsplätze sind in Gefahr, soziale Notlagen drohen.

Dies ist die Stunde eines starken Sozialstaates. Gemeinsam mit der Europäischen Union müssen der Bund und die Länder Arbeitsplätze schützen, Einkommen sichern und soziale Notlagen verhindern. Ein finanzieller Kraftakt historischer Größe auf allen staatlichen Ebenen ist unausweichlich – und wird am Ende erfolgreich sein. Die liberale und soziale Demokratie ist stärker als ihre Feinde.

1 Sicherheit in der Krise

Das dritte Entlastungspaket des Bundes entlastet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, unterstützt Rentnerinnen, Rentner und Studierende und bremst den Preisanstieg beim Strom. Es ist eine große Leistung der Koalition unter der Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz. Die Bürgerinnen und Bürger gehen durch schwere Zeiten. Aber sie gehen nicht allein. Ein starker Sozialstaat gibt Sicherheit in der Krise.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Bund nach der Strompreisbremse auch eine Gaspreisbremse für möglich und notwendig erachtet. Sie muss schnell kommen, um Unternehmen und Privathaushalte vor Zahlungsschwierigkeiten zu schützen. Ihr Schutz wiegt schwerer als die Vermeidung von Haushaltsdefiziten.



2 Für Nordrhein-Westfalen: Was die Landesregierung jetzt tun muss

Wir fordern die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf, mit einem eigenen finanziellen Kraftakt Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und ihre Familien, Rentnerinnen, Rentner und mittelständische Unternehmen zu schützen und zu unterstützen.

Die Bekämpfung von Inflation und Wirtschaftskrise ist für jede Landesregierung Pflicht.

Die Landesregierung muss jetzt handeln, um den sozialen Abstieg von Familien und soziale Notlagen von Rentnerinnen und Rentnern zu verhindern.

- ▶▶ Mit der Abschaffung der Kita- und OGS-Gebühren kann das Land Eltern mit kleinen Kindern um mehrere tausend Euro im Jahr entlasten. In einigen Städten sogar um bis zu 5.000 Euro im Jahr.
- ▶▶ Mit kostenlosen Mittagessen und echter Lehr- und Lernmittelfreiheit kämen noch mal über 800 Euro Entlastung hinzu.
- ▶▶ Mit einem Notfallfonds in Höhe von 300 Millionen Euro kann NRW Familien sowie Rentnerinnen und Rentner absichern, die durch die Energiekrise in Zahlungsschwierigkeiten geraten.
- ▶▶ Durch einen Schutzschirm für die Stadtwerke muss das Land die regionale Energieversorgung sichern. Zugleich muss die Handlungsfähigkeit der Kommunen sichergestellt werden. Gleiches gilt für den Kultur-, Sozial- und Gesundheitsbereich in NRW mit 1,5 Millionen Beschäftigten. Ein Schutzschirm für die Sozial- und Gesundheitsbranche ist zugleich ein Schutzschirm für die Gesundheitsversorgung und den Sozialstaat in NRW.
- ▶▶ Um die Industrie, mittelständische und kleine Unternehmen zu schützen und zu stützen, braucht es schnelle Hilfen auch aus Landesmitteln.
- ▶▶ Das Land NRW muss ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, um ein Nachfolgeangebot für das Neun-Euro-Ticket möglich zu machen.
- ▶▶ Keine Nullrunde für die Pensionärinnen und Pensionäre des Landes. Das Land muss an sie die gleiche Unterstützungsleistung zahlen – wie auch der Bund seine Beamtinnen und Beamten unterstützt.



Alle genannten Punkte sind neben den Entlastungspakten des Bundes zusätzliche Maßnahmen, um insbesondere Rentnerinnen und Rentner sowie Familien sicher durch die Krise zu führen.

Sie sind wirkungsvoll und sie sind bezahlbar.
Es gilt jetzt, Schaden vom Land abzuwenden.
Die Landesregierung darf sich ihrer Verantwortung nicht entziehen.

3 Die Verteilungsfrage ist zurück auf der Agenda

Bund und Länder sind jetzt zu enormen Kraftanstrengungen gezwungen, um Unternehmen und Arbeitsplätze zu schützen und soziale Notlagen zu verhindern.

Es kommen große Kosten auf unser Land zu.
Wer wird sie bezahlen?
Wer kann sie bezahlen – und wer nicht?

Was für die Bewältigung von Inflation und Energiekrise gilt, gilt erst recht für die großen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen, die vor uns liegen.

Wir müssen den Klimawandel bremsen, seine Folgen bewältigen und unsere Städte auf die Erwärmung vorbereiten.

- ▶▶ Deshalb müssen wir in neue Energiesysteme investieren, in neue Mobilität, in neue Technologien.
- ▶▶ Wir müssen aber auch für mehr Bildungsgerechtigkeit in unseren Schulen und Kitas sorgen.
- ▶▶ Wir müssen mehr Wohnungen bauen und unser Gesundheitssystem reformieren.

Wir leben in einem Land in dem die Bildungs- und Aufstiegschancen so ungerecht verteilt sind wie die Vermögen.
Wer also wird die notwendigen Investitionen bezahlen?



Diese Krise zeigt es in aller Klarheit:

Reiche können nicht noch reicher werden.

Wer reich ist, kann etwas abgeben:

- ▶▶ für die Verteidigung unserer Demokratie,
- ▶▶ für die soziale Sicherheit von Rentnerinnen und Rentnern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie ihren Familien,
- ▶▶ für unsere Kinder, die ein Recht auf ein Leben in einer gesunden Umwelt haben.

Wer reich ist, kann für Zusammenhalt und Fortschritt in Deutschland einen Beitrag leisten.

- ▶▶ Durch eine Vermögensabgabe können die Kosten einer wirksamen Strompreisbremse und eines wirksamen Gasdeckels beglichen werden.
- ▶▶ Durch eine Reform der Einkommenssteuer entlasten wir die arbeitende Mitte.
- ▶▶ Durch eine Steuer auf Millionenvermögen und Millionenerbschaften finanzieren wir den ökologischen Wandel und das Bildungssystem der Zukunft.

Der Club of Rome hat es in seinem jüngsten Bericht auf den Punkt gebracht: Länder mit geringer Ungleichheit werden die großen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit besser meistern als Länder, in denen die Ungleichheit weiter wächst.

Verteilungsfragen drängen zurück auf die politische Agenda.
Und sie drängen mit Macht.